

THEORIEN DES WAHLVERHALTENS IM VERGLEICH UND DIE ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR DIE TÜRKISCHSTÄMMIGEN WÄHLERSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Dr. phil. Mustafa ACAR

Forschungszentrum für Türkei-EU-Deutschland (Zf-TEUD)
(Türkiye-Avrupa Birliği-Almanya Araştırmalar Merkezi, Hamburg/Almanya)

ZUSAMMENFASSUNG

Das Ziel der Untersuchung besteht darin, die Theorien des Wahlverhaltens, ihre Erklärungsmöglichkeiten, Grenzen und Übertragungsmöglichkeiten auf die Situation der türkischstämmigen Wählerschaft darzustellen. Während die soziologische Theorie das Wahlverhalten durch die langfristig wirksamen sozialstrukturellen Faktoren erklärt, basiert die Cleavage-Theorie auf den vier Hauptkonflikten: Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche, Stadt/Land und Arbeit/Kapital. Diese Konflikte bestimmen das Wahlverhalten. Dagegen erklärt der sozialpsychologische Theorie die Wahlentscheidung mit den psychologischen Variablen Parteiidentifikation, Themenorientierung und Kandidatenorientierung. Die Wahlentscheidung der Personen ist nicht sozialstrukturell determiniert, sondern das Ergebnis dieser lang- und kurzfristigen Einflüsse auf das Individuum. Das rationale Theorie beruht auf der Annahme, dass der Wähler nach der Kosten-Nutzen-Kalkulation entscheidet. Diese Theorien setzen unterschiedliche Schwerpunkte, Fragestellungen, Hypothesen und Vorgehensweisen. Deswegen gibt es in der Wahlforschung auch keine einheitliche Erklärung für das Wahlverhalten. Jedes Modell hat eigene Grenzen, auf die es sich beschränkt als auch Möglichkeiten, die wichtige Elemente der Wahlentscheidung erklären können. Es handelt sich beim Wahlverhalten im Migrationsprozess um einen komplexen Entscheidungsprozess. Das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft kann nicht durch das einzelne Theorie, sondern durch die Kombination dieser Theorien erklärt wird.

Schlüsselwörter: *Wahlverhalten, türkischstämmige Wählerschaft, Cleavage-Theorie, politische Soziologie, soziologische Theorie, Rational-Choice-Theorie*

KARŞILAŞTIRMALI SEÇMEN DAVRANIŞI TEORİLERİ VE ALMANYA'DAKİ TÜRK KÖKENLİ SEÇMENLERE UYGULAMA OLANAKLARI

ÖZ

Seçmen davranışı teorileri, bu teorilerin odak noktaları, sınırları, seçmen davranışlarını açıklama güçleri ve Almanya'daki Türk kökenli seçmenlere uygulanma olanakları bu araştırmanın amacıdır. Seçmen davranışını uzun süreli sosyalyapısal ve çevresel faktörlerin etkisine bağlayan sosyolojik teorinin aksine çatışmacı teori, seçmenlerin politik davranışını dört ana çatışma noktası ile açıklar: Merkez/Çevre,

Devlet/Kilise, Tarım/Endüstri ve İşçi/İşveren. Bu dört ana çatışma bireylerin seçmen davranışını da belirler. Buna karşılık sosyopsikolojik teori seçmen davranışını açıklama da psikolojik değişkenleri, yani bir parti ile özdeşleşme, politik konular ve parti lideri ile adaylarının değerlendirilmesini kullanır. Bu durumda seçmen davranışı, uzun süreli etkiye sahip olan çevresel ve sosyal faktörlerin değil, uzun ve kısa vadeli etkenlerin kişisel karşılaştırılmasının bir sonucudur. Rasyonalist teoriye göre ise seçmen, kendi kişisel fayda ve zararlarını hesaplar, bu hesaplar üzerinden partileri karşılaştırır ve kendi çıkarına en uygun partiyi seçer. Bütün bu teorilerin kendilerine özgü odak noktaları, sorunsalları, hipotezleri, yöntemleri, birleştikleri ya da karşı oldukları noktaları vardır. Bundan dolayı siyaset sosyolojisinde seçmen davranışını açıklayan tek bir teori yoktur. Almanya'daki Türk kökenli seçmenlerin seçmen davranışını açıklama da tek tek bu teoriler yeterli değildir, çünkü göçmelik durumu parti tercihi en önemli etken olarak ortaya çıkmaktadır. Onların politik davranışı, ancak bu teorilerin bir kombinasyonu ile daha akıcı açıklanabilir.

Anahtar Kelimeler: *Seçmen davranışı, türk kökenli seçmenler, çatışmacı model, siyaset sosyolojisi, sosyolojik teori, rasyonalist teori*

I. EINLEITUNG

Die Wahlen sind das Grundelement in der Demokratie und dieses Element ist der wichtigste Unterschied zwischen den demokratischen und anderen Systemen, weil die Bürger durch die Wahlen am politischen Entscheidungsprozess aktiv teilnehmen können. In einem demokratischen System haben die Bürger das Recht, die politische Macht „zwischen miteinander konkurrierenden Parteien, Personen und Sachprogrammen“ (Wehling 1991: 7) zu verteilen und den politischen Prozess zu beeinflussen.

Die Wahlforschung ist in der Politikwissenschaft ein breit gefächertes Thema und lässt sich „nach Gegenstandsbereich, Erkenntnisinteresse und Methoden in mehrere Richtungen“ (Westle 1987: 627) unterscheiden. Das Ziel ist hier, Theorien zu entwickeln und zu prüfen, um das Wahlverhalten zu erklären. Die empirische Wahlforschung untersucht, welche Einflüsse auf die Entscheidung des Wählers einwirken. In diesem Sinne sind die Hauptfragen der Wahlforschung „Wer wählt wen, warum und mit welcher Wirkung?“ (Bürklin/Klein 1998: 10).

In einer Demokratie gibt es viele Wirkungsweisen, die die Wahlentscheidung bestimmen. Die Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung werden „mittels theoretischer Modellannahmen und entsprechender empirischer Überprüfungen ermittelt und quantifiziert“ (Eith 1997: 27). Zudem werden die Unterschiede zwischen dem individuellen Wahlverhalten und der Wahlentscheidung auf Aggregatebene bestimmt. Die Wählerentscheidung ist „sowohl von makropolitischen und makrosozialen Determinanten als auch von mikrosoziologischen und sozialpsychologischen Bestimmungsgründen“ geprägt“ (Schultze 1991: 11f.).

Die Wahlentscheidung in der Aggregatebene wird sowohl von den standfesten sozialen Strukturen als auch von den situativen Faktoren wechselseitig beeinflusst. Neben diesen müssen einige spezielle Faktoren

berücksichtigt werden, wenn das Wahlverhalten wahlberechtigter Türken untersucht wird, da sie aus einer anderen politischen und sozialen Kultur kommen und noch von der alten Kultur beeinflusst werden. Der Migrationshintergrund, die ethnische Gruppenzugehörigkeit, die Abhängigkeit vom Herkunftsland, die Einflüsse der Türkei spielen eine große Rolle bei der Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wähler.

Die vorliegende Analyse beschäftigt sich mit den Theorien des Wahlverhaltens im Vergleich und versucht die Anwendungsmöglichkeiten dieser Theorien zur Erklärung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland zu untersuchen. In diesem Zusammenhang sollen die Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung nach den vier einflussreichsten Theorien des Wahlverhaltens (dem soziologischen Modell, der Cleavage-Theorie, dem sozialpsychologischen Modell und dem Rational-Choice-Ansatz) vorgestellt und vergleichend diskutiert werden, um die Fragen zu beantworten, welche theoretischen Ansätze sich am besten zur Erklärung des Wahlverhaltens von Türken eignen und welche Möglichkeiten und Grenzen die Erklärungsansätze zur Übertragung auf die Situation von türkischstämmigen Wahlberechtigten haben. Darum sollen auch die Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wählerschaft analysiert werden.

II. THEORIEN DES WAHLVERHALTENS

A. DAS SOZIALSTRUKTURELLE MODELL I: COLUMBIA-SCHOOL

Die sozialstrukturellen Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten werden im Allgemeinen als der soziologische Ansatz oder die Columbia School genannt. Dieses Modell lässt sich in das mikro- und das makrosoziologische Erklärungsmodell unterteilen. Das mikrosoziologische Erklärungsmodell ist von Paul F. Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern formuliert worden. Der makrosoziologische Erklärungsansatz ist von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt worden und als Cleavage-Theorie benannt worden.

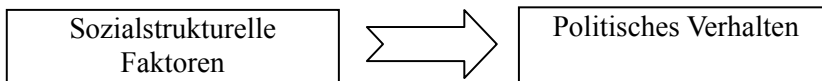


Abbildung 1: Das Erklärungsmodell von Lazarsfeld

Quelle: Bürklin/Klein 1998: 59

Die soziale Kreis-Theorie von Georg Simmel¹ wird als theoretischer Grundgedanke des mikrosoziologischen Ansatzes akzeptiert. „Paul F. Lazarfeld hat diese Überlegungen für den Wähler übernommen“ (Roth/Wüst 1998: 104). Die sozialstrukturellen Zugehörigkeiten wie sozioökonomischer Status, Konfession, Beruf, Vereinszugehörigkeit, Alter, Wohnort sind als der soziale Kreis des Menschen definiert und üben Druck als auch Kontrolle auf die

¹ Nach der von Georg Simmel entwickelten Theorie ist „jeder Mensch in mehrere soziale Kreise eingebunden, also Familie, Freundeskreis, Arbeitsplatz usw.“ (Roth/Wüst 1998: 104).

Individuen aus. Ein problemloses Leben mit dem sozialen Umfeld ist für Individuen sehr wichtig, weil sie sich in sozialen Kreisen bewegen.

Empirisch haben sich Paul Lazarsfeld und seine Mitarbeiter für die Ergebnisse der Wahlgeographie-Theorie von Andre Siegfried und Stuart A. Rice interessiert. Die Wahlgeographie-Theorie nimmt an, dass „die natürliche Beschaffenheit einer Region als Voraussetzung soziologischer und ökonomischer Umweltbedingungen und diese wiederum als prägend für das politische Verhalten angesehen werden“ (Westle 1987: 627f.). Rice behauptete, dass „politische Ideen sich am schnellsten entlang von großen Verkehrsverbindungen ausbreiten“ (Roth/Wüst 1998: 105). Lazarsfeld, Berelson und Gaudet haben im Jahr 1940 eine Panel-Befragung in Erie County in Ohio bezüglich der Präsidentschaftswahlen durchgeführt und im Jahr 1944 als „The People’s Choice“ publiziert. In dieser Befragung war das Thema die Gruppenbindungen als Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung. Das Modell versucht, „Wahlverhalten vor allem mit Hilfe sozialer Umweltfaktoren zu erklären“ (Winter 1997: 127). Mit den Ergebnissen dieser Studie hat Lazarsfeld nachgewiesen, dass das Wahlverhalten der Individuen durch das soziale Umfeld, in dem sie leben und arbeiten, beeinflusst wird. Die gleichen sozialen Erfahrungen bringen nach und nach politisch gemeinsames Verhalten hervor. Hierzu schrieb Lazarsfeld (zit. nach Eith 1997: 29): „Voting is essentially a group experience“. Die Entscheidungen der Wähler bilden sich entweder durch die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen oder Verbänden, die Kommunikation mit Meinungsführern usw. und neigen zu einer bestimmten politischen Einstellung oder stehen im Widerspruch zur Umgebung. „Diese Situation bezeichnen *Lazarsfeld u.a.* als ‚cross-pressures‘ und machten es zum Ziel ihrer Untersuchungen, die Inkonsistenzen und Konflikte zwischen den die Wahlentscheidung beeinflussenden Faktoren, die den Wähler in verschiedene Richtungen drängen, herauszuarbeiten“ (Bürklin/Klein 1998: 55, Hervorh. dort). Wenn die Wähler „durch inkonsistenteres Wahlverhalten unter cross-pressure“ stehen, haben sie „geringeres politisches Interesse und niedrigere Wahlbeteiligung als der Durchschnitt“ (Falter 1992: 5). Ein streng katholischer, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der 60er Jahre ist ein Beispiel für die politische cross-pressure-Situation. Die Religiosität und Zugehörigkeit zur katholischen Kirche zwingen zur CDU, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zwingt zur SPD.

Zur Determiniertheit des Wählerverhaltens durch die soziale Gruppe hat sich der Index der politischen Prädispositionen (index of political predisposition) konstruiert, „dem ein hoher Prognosewert zugemessen wurde“ (Roth/Wüst 1998: 105). Diesen Index der politischen Prädispositionen bildet man aus den drei langfristig wirksamen Variablen sozioökonomischer Status, Konfessionszugehörigkeit und Wohngegend. Die politische Prädisposition ist von Lazarsfeld u.a. „als vorgelagerte, stabilisierende Einflussgröße“ (Bürklin/Klein 1998: 56) verstanden worden.

Das Verständnis der Theorie von Lazarsfeld hat in diesem Zitat Eingang gefunden: „Ein Mensch denkt politisch entsprechend seinem sozialen Sein. Soziale Merkmale bestimmen die politischen Präferenzen“ (ebd.,: 19). Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe verursacht gleiches politisches Verhalten. Wenn die Homogenität und gegenseitige Einflussnahme in einer Gruppe stark sind, kann man die politische Neigung einer Person eher schätzen. „Je fester gefügt die sozialen und/oder kulturellen Milieus, je stärker die Gruppenbindungen, je gleichförmiger folglich auch die durch Meinungsführer vermittelten Informationen sind, desto konstanter ist das Wahlverhalten“ (Schultze 1991:12). „Nach der Stärke ihrer Neigung zu einer bestimmten Partei“ gliedern Lazarsfeld u.a. die Wähler in drei Typen (Bürklin/Klein 1998: 55):

- a) „Crystallizers“: Diese Wähler sind stabil und homogen, haben die gleichen Neigungen zu einer Partei und Interesse an den politischen Themen.
- b) „Wavers“: Diese sind unsicher und schwankend.
- c) „Party-Changers“: Dieser Typ nennt man Wechselwähler, sie leben in einem heterogenen Sozialmilieu.

Der mikrosoziologische Ansatz ist von einigen Autoren kritisiert worden. Vor allem können die Autoren des Modells „keine wirkliche Erklärung ihrer Beobachtungen anbieten“ (Falter et al. 1990: 7). Andererseits können die Kurzeiteinflüsse auf die Wahlentscheidung nicht ausreichend erklärt werden. „Es gelingt nicht, befriedigende Erklärungen für kurzfristige politische Veränderungen und stark schwankende Wahlergebnisse zu liefern. Es gelingt dem Modell nicht, Phänomene wie Wechselwahl, Protestwahl und Stimmenthaltung adäquat zu integrieren“ (Moshövel 2004: 18). In diesem Modell geht es nicht um die persönlichen Interessen von Wählern, um die Rolle der psychischen und individuellen Merkmale und um die Parteien, Programme und Kandidaten. Ein anderer wichtiger Punkt bei der Kritik an dieser Theorie ist die Homogenität der sozialen Kreise. Die Gültigkeit dieser Theorie wurde in modernen Gesellschaften aber heftig diskutiert.

B. DAS SOZIALSTRUKTURELLE MODELL II: CLEAVAGE-THEORIE

Die Cleavage-Theorie ist im Jahr 1967 von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt worden und gehört zu den sozialstrukturellen Erklärungsmodellen auf der Makroebene des politischen Systems. Der Ausgangspunkt der Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan bezieht sich auf die strukturfunktionalistische Theorie von Talcott Parsons², die die Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen zu erklären versucht. Die Cleavage-Theorie arbeitet daran, die langfristigen Konfliktlinien und nationalen Parteiensysteme

2 Parsons definiert Gesellschaft als „ein soziales System, das eine Vielzahl untergeordneter sozialer Systeme“ umfasst. Aus den Handlungen der Einzelnen entsteht die Gesellschaft. Gesellschaft wird vorgestellt als umfassendes Handlungssystem, wobei dieses System in Subsysteme zerfällt, die bestimmte Strukturelemente besitzen und bestimmte Funktionen erfüllen.“ (zit. nach Wiswede 1991: 106).

zu erklären. Die zentrale Hypothese von Lipset und Rokkan besagt, dass „die Struktur von Parteiensystemen ein Reflex auf sozialstrukturell verfestigte gesellschaftliche Interessengegensätze sei“ (Winter 1997: 123). Diese Theorie hat zwei Dimensionen. Die funktionale Dimension enthält die Konflikte um Ökonomie und Ideologie, die territoriale Dimension enthält die Konflikte um Nation und Region. Lipset und Rokkan verstehen die territorialen Konflikte „als Ergebnis der Nationenbildung des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts in Europa“ (Roth/Wüst 1998: 108).

Lipset und Rokkan erklären die politischen Konfliktlinien mit dem Parteiensystem, insofern die Konfliktstruktur in einer Gesellschaft über Entwicklung und Eigenschaft des jeweiligen Parteiensystems bestimmt wird. Die gesellschaftlichen Spannungen gehen auf Modernisierungsprozesse der Industriegesellschaften zurück, „die sich in allen europäischen Gesellschaften seit der frühen Neuzeit vollzogen haben“ (Arzheimer/Falter 2003: 569). Die Parteien entstehen parallel zu diesen Konflikten, organisieren sich entlang dieser gesellschaftlichen Spannungen und versuchen „durch die fortlaufende politische Artikulation der Gruppeninteressen ihre besondere Klientel an sich zu binden“ (Gluchowski et al. 2001: 182). Man versteht unter Cleavages relativ stabile „Koalitionen zwischen Parteieliten und bestimmten sozialen Gruppen“ (Bürklin/Klein 1997: 74), wie zwischen den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften. Die Zahl der Konflikte und der Koalitionsbildung „determinieren die Nachfrage nach Parteien und die Spaltung der Wählerschaft“ (Winter 1997: 124).

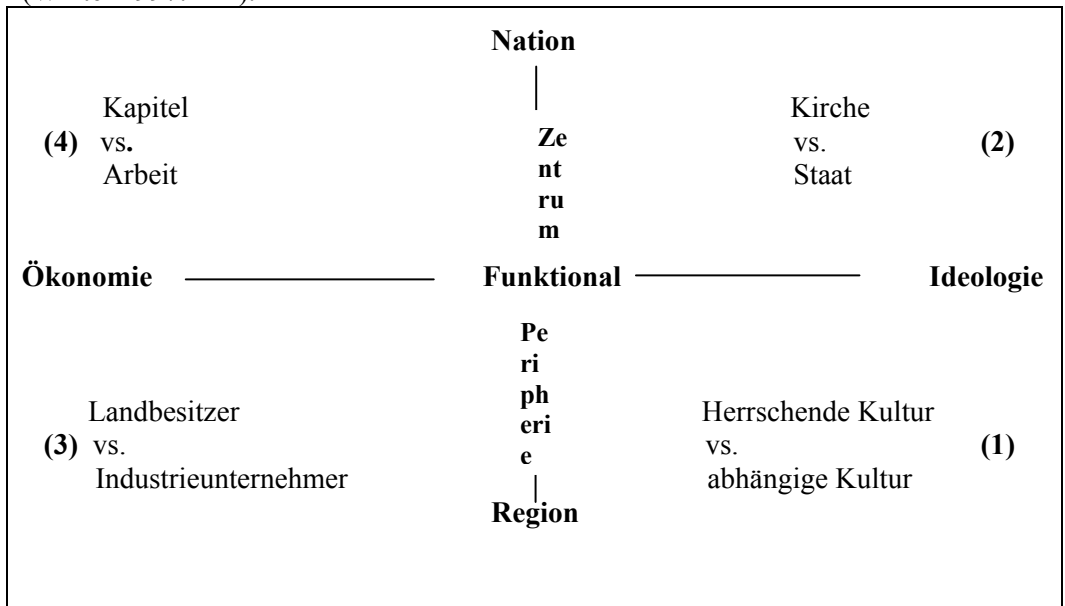


Abbildung 2: Das Konfliktlinienmodell nach Lipset und Rokkan
Quelle: Roth/Wüst 1998: 107

Vier soziale Hauptkonflikte, die in den europäischen Parteiensystemen auch heute noch wirksam sind, werden in einem Vierfelderdschema dargestellt (Abbildung 2). Diese Hauptkonflikte sind:

- **Zentrum versus Peripherie:** Es geht hier um die geographischen Konflikte sowie Konflikte zwischen dem Zentrum eines Landes und den sprachlichen, religiösen, kulturellen oder ethnischen Bevölkerungsgruppen in den Regionen (peripher).

- **Staat versus Kirche:** Hier stehen die Konflikte zwischen der Säkularisierung und der Kirche im Mittelpunkt: „Staatliche versus kirchliche Kontrolle im Bildungssystem“ (Schultze 1991: 12).

- **Stadt versus Land:** Die Konfliktlinie besteht hier zwischen agrarischen (Land) und industriellen (Stadt) Interessen.

- **Kapital versus Arbeit:** Darunter versteht man den Konflikt zwischen Arbeitern und Kapitalbesitzern sowie allgemein die Arbeiterbewegung und die Industrielle Revolution.

Zentrum/Peripherie- und Staat/Kirche-Konflikte beziehen sich im Allgemeinen auf die „kulturelle Sphäre und „gehen auf die Entwicklung des modernen Nationalstaates zurück“, während die beiden letztgenannten Konflikte „vor allem ökonomisch motiviert und als Folge der Industriellen Revolution zu betrachten sind“ (Arzheimer/Falter 2003: 569). Nach der Koalitionsbildung zwischen politischen und gesellschaftlichen Eliten und sozialen Gruppen um gemeinsame Interessen wird der Konflikt dauerhaft im nationalen Parteiensystem institutionalisiert. Während des „Institutionalisierungsprozess neuer Cleavages“ in einem bestehenden Parteiensystem gilt es „vier Schwellen“ zu überwinden (Eith 1997: 31).

- Die Legitimationsschwelle: Die neuen Cleavages oder Parteien müssen sich in der Struktur der Gesellschaft verankern, „die artikulierte Kritik ist als berechtigt anzusehen“ (Roth/Wüst 1998: 110).

- Die Integrationsschwelle: Personen, die vom Konflikt betroffen sind, „müssen die Motivation und Möglichkeiten haben, sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenzuschließen“ (Arzheimer/Falter 2003: 570).

- Die Repräsentationsschwelle: Parteien müssen eigene Kraft und politischen Repräsentationsmöglichkeiten innerhalb des Wahlsystems haben, um den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen.

- Die Mehrheitsschwelle: „Um größere strukturelle Veränderungen im nationalen System durchzusetzen“ (Roth/Wüst 1998: 110), benötigen die Parteien nur die Hilfe der Wahlmehrheit im politischen System.

Wenn Eliten gesellschaftliche und soziale Konflikte aufgreifen, können sie diese in Parteipolitik je nach Rahmen des politischen Systems umsetzen. Im Hintergrund dieser Politik steht, dass Parteien regelmäßig Konflikte aktivieren, um die politische Identität und die Parteibindung zu erneuern. Die „Cleavage-Theorie“ verknüpft Auswirkungen sozioökonomischen und sozialen Wandels mit dem Handeln politischer Eliten. Die Frage nach dem Verhältnis

gesellschaftlicher Konflikten und den Parteiensystemen berührt zentrale Felder der Demokratietheorie, da Parteien einen wichtigen Teil moderner Massendemokratien darstellen. So repräsentieren die Parteien eine intermediäre Organisation, die zwischen Gesellschaft und Politik vermittelt.

Die Cleavage-Theorie geht davon aus, dass „kurzfristige Einflüsse durchaus zu Änderungen im Wahlverhalten führen können, dass diese Änderungen aber durch die stabilisierenden Effekte der tradierten Cleavages sehr stark erschwert werden“ (Bürklin/Klein 1998: 20). Die Parteiensysteme in Industriestaaten zeigen eine hohe Dauerhaftigkeit und sich wesentlich nicht verändern, „solange das System der sozialen Konflikte stabil bleibt“ (Arzheimer/Falter 2003: 570). Dies veranlasste Lipset und Rokkan dazu, ihre These von den „eingefrorenen Parteiensystemen“ zu entwickeln. „Die Parteiensysteme der sechziger Jahre reflektierten mit nur wenigen Ausnahmen die Konfliktlinien der zwanziger Jahre“ (Roth/Wüst 1998: 112), obwohl „sich in Einzelfällen die Namen der Parteien geändert haben“ (Arzheimer/Falter 2003: 570). Diese These verheißt auch zukünftig „hohen Stabilität der Zuordnung von Parteien und Wählern“ (Bürklin/Klein 1998: 20).

Obwohl die Cleavage-Theorie eine hohe Erklärungskraft für die Entstehung und Entwicklung der Parteien und Parteiensysteme in westlichen Demokratien hat, kann sie dagegen „nicht beantworten, worin die sozialstrukturell vermittelten Normen des politischen Verhaltens zwischen den Individuen einer spezifischen Konfliktgruppe und den diese vertretenden Parteien bestehen“ (Klingemann/Steinwede 1993: 52) und worin „die Ursachen des individuellen Parteienwechsels“ (Roth/Wüst 1998: 112) bestehen. Eine andere Kritik basiert darauf, dass sich die Theorie von Lipset und Rokkan „mit den komplementären mikrosoziologischen Erkenntnissen der Lazarsfeld-Gruppe und Lepsius Überlegungen zu einer Meso-Ebene“ verbinden lassen und ein solches kombiniertes Erklärungsmodell „jedoch letztlich unbefriedigend bleibt“, weil dieses Modell „politischen Wandel nur schlecht erklären kann“ (Arzheimer/Falter 2003: 571). Die Konflikttheorie von Lipset und Rokkan bringt auch keinen wirklichen Fortschritt für die Erklärung des individuellen Entscheidungsverhaltens der Wähler.

C. DER SOZIALPSYCHOLOGISCHE ANSATZ

Der sozialpsychologische Ansatz wurde von Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller an der University of Michigan/Ann-Arbor als Alternative zum soziologischen Erklärungsansatz entwickelt und wird wegen seiner Herkunft als „Michigan-Modell“ oder als „Ann-Arbor-Tria“ bezeichnet, weil er drei Variablen Parteiidentifikation, Kandidaten- und Themenorientierung als erklärende Faktoren stellt. Das Wahlverhalten wird von diesen drei zentralen Einstellungen konstituiert. Das Modell fokussiert den individuellen Entscheidungsprozess. „Die individuelle Wahlentscheidung ist nicht sozialstrukturell determiniert, sondern das Ergebnis verschiedener lang- und kurzfristiger Einflüsse auf das Individuum“ (Roth/Wüst 1998: 113).

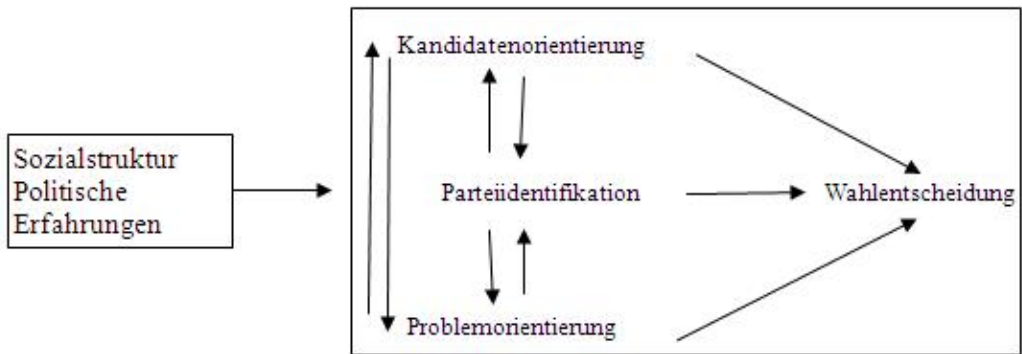


Abbildung 3: Das ursprüngliche Erklärungsmodell von Campbell et al.

Quelle: Bürklin/Klein 1998: 60

Die erste Wählerstudie „The Voter Decides“, die 1954 „von Campbell u.a. am Institute for Social Research vorbereitet und durchgeführt wurden“ (Bürklin/Klein 1998: 57), unterscheidet sich von den Arbeiten von Lazarsfeld in zwei Punkten: Erstens wurde methodisch „eine bundesweite Stichprobe“ von Campbell und seinen Mitarbeitern verwendet, wogegen „sich die Forscher von der Columbia University jeweils auf regionale Untersuchungen gestützt hatten“ (Arzheimer/Falter 2003: 571). Zweitens wurde das Wahlverhalten „durch die Verlagerung der Erklärung der Wahlentscheidung von gruppenbezogensoziologischen Faktoren zu individualpsychologischen Variablen“ (Bürklin/Klein 1998: 57) erklärt. Diese Studie ermöglichte erste repräsentative Vergleiche zwischen den US-Präsidentenwahlen 1948 und 1952. Abbildung 3 zeigt das ursprüngliche Modell, wie es Campbell et al. in „The Voter Decides“ 1954 dargestellt haben.

In dieser ursprünglichen Beziehung „standen alle drei psychologischen Variablen zunächst gleichberechtigt nebeneinander“ (Arzheimer/Falter 2003: 572). Zwischen den Variablen stand die Parteiidentifikation unter dem Einfluss der Issue- und Kandidatenorientierungen. Umgekehrt beeinflusst die Parteiidentifikation „als eine Art Filter bei der Wahrnehmung und Einschätzung kurzfristiger Einflüsse“ (Roth/Wüst 1998: 114). Bei Campbell ist eine sehr deutliche Verlagerung der Erklärung der Wahlentscheidung von soziologischen Faktoren hin zu individualpsychologischen Variablen zu erkennen. Die sozialstrukturellen Faktoren bleiben in diesem Modell, „weil sie im Kausalitätstrichter vorgelagert, aus dem Erklärungsmodell ausgespart wurden“ (Bürklin/Klein 1998: 60). Im Kausalitätstrichter verdichten sich im Laufe der Zeit zu einem Komplex politischer Einstellungen und die jeweilige Situation wird entsprechend subjektiv gedeutet.

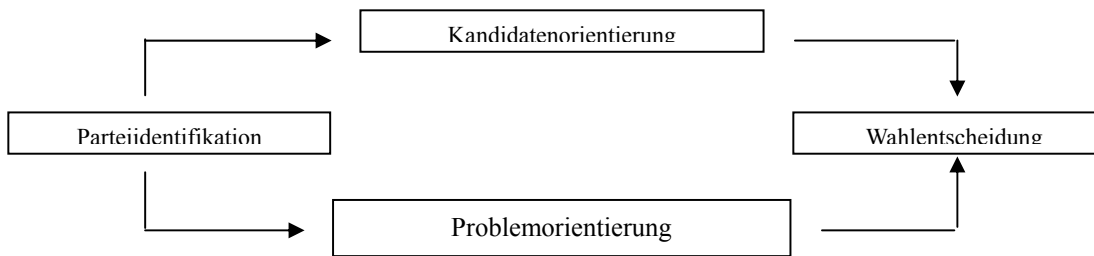


Abbildung 4: Das Erklärungsmodell des „American Voter“

Quelle: Schultze 1991: 14

Wegen der „entstehenden Unklarheit über den Status der Parteiidentifikation“ (Bürklin/Klein 1998: 61) und der „heftigen Kritik dieses Psychologismus“ (Arzheimer/Falter 2003: 572) wurde in der Folgestudie „The American Voter“ 1960 explizit die Parteiidentifikation als langfristig wirksame Einstellung konzeptioniert. Die Parteiidentifikation ist daher „nicht unmittelbar von einer spezifischen Wahlsituation beeinflusst und strukturiert die Issue- und Kandidatenorientierung“ (Bürklin/Klein 1998: 61) (vgl. Abb. 4). „The American Voter“ unterscheidet sich von der ersten Studie in zwei Gesichtspunkten: Die Parteiidentifikation ist nun „eine längerfristig stabile Variable, die den eher tagespolitisch geprägten Orientierungen an Kandidaten und Sachfragen kausal vorgelagert ist“ und die drei psychologischen Variablen werden „nicht mehr als gegeben angesehen, sondern ihrerseits auf weiter in der Vergangenheit liegende Faktoren zurückgeführt“ (Arzheimer/Falter 2003: 572). In diesem Modell werden stark die psychologische Komponente der öffentlichen Meinungsbildung und die situative Wahrnehmung politischer Objekte durch die Wähler hervorgehoben.

„Wenn wir verstehen wollen, was den Wähler bei seiner Wahlentscheidung beeinflusst, müssen wir herausfinden, womit er diese Entscheidung verbindet. Bei der Stimmabgabe handelt eine Person in einer politischen Welt, in der er oder sie Persönlichkeiten, Themen und Parteien wahrnimmt [...]. Daraus folgt, dass die Messung von Wahrnehmungen und Bewertungen der genannten Objekte die erste für die Erklärung des Wahlverhaltens zu überwindende Hürde ist“ (Campbell u.a. 1960: 42/66).³

Der Wähler befindet sich in diesem Modell „in einer Entscheidungssituation zwischen seiner dauerhaften Bindung an eine Partei und seiner Beurteilung der aktuellen Politik, der Parteien und ihrer Kandidaten“ (Görlitz/Prätorius 1987: 629). Die Parteiidentifikation wird mit einer Parteimitgliedschaft gleichgesetzt, womit nicht die formale, aktive, sondern eine psychologische Mitgliedschaft gemeint ist. Sie ist „eine langfristig stabile, affektive Bindung an eine Partei, die im Prozess der Sozialisation, meist schon in der Jugend, in Familie und Schule erworben und um so stabiler wird, je

³ Zitiert nach der Übersetzung von Gabriel 2001: 229.

häufiger sich der Wähler in der Zeit bei Wahlen mit derselben Partei identifiziert“ (Schultze 1991: 13). Die Bindung an eine Partei besteht weniger aus den objektiven Umweltfaktoren selbst, als vielmehr aufgrund der subjektiven Wahrnehmung äußerer Einflüsse. Die sozialstrukturellen Merkmale beeinflussen nicht direkt, sondern mittelbar über politische Einstellungen. Diese Einstellungen „stellen gleichzeitig den Wahrnehmungsfiter dar, über den Personen ihre gegenwärtige und zukünftige Umwelt wahrnehmen“ (Bürklin/Klein 1998: 58). Der große Teil der Wählerschaft bewertet Kandidaten und Sachthemen „seiner“ Partei durchweg positiver und stimmt im Normalfall auch für sie.

Kandidateneffekte werden darin unterscheiden, ob „sie mit der Persönlichkeit oder mit der jeweiligen Rolle, die der Kandidat im politischen Leben einnimmt, zusammen hängen“ (Maier/Rattinger 2000: 8). Die persönlichkeitsbezogenen Merkmale der Kandidatenorientierung hängen von den Eigenschaften wie Vertrauenswürdigkeit, sympathisches Auftreten oder dem Erscheinungsbild der Kandidaten ab. Demgegenüber stehen die leistungsbezogenen Merkmale der Kandidatenorientierung wie Problemlösungskompetenz und Führungsstärke. Rollenbasierte Effekten sind Vorteile, die aus der Position resultieren (Amtsbonus) oder die ein Amtsinhaber aktuell in der Politik besetzt. Im Allgemeinen kann man für die Bedingungen des kandidatenorientierten Wahlverhaltens sagen, dass der Kandidat bekannt und bedeutsam sein muss, dass der Wähler eine Kandidatenpräferenz besitzen muss, und dass die Kandidatenorientierung einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben muss (vgl. Gabriel 2001: 235).

Die Themenorientierung bezieht sich auf die Einstellungen eines Wählers zu einzelnen politischen Sachfragen, aktuellen Problemen und Politikinhalten und ist damit ein kurzfristiger Effekt. In der empirischen Wahlforschung hat das sozialpsychologische Erklärungsmodell „seit den siebziger Jahren“ mit einigen „Positionen“, besonders mit der Issues-Forschung, an Gewicht gewonnen, „die mit der gestiegenen Bedeutung aktueller Politik die Rationalität der Wahlentscheidung betonen“ (Schultze 1991: 15). Die Themenorientierung (issues) wird in Valenzissues und Positionissues differenziert. Der Valenzissue bezeichnet die politischen Ziele, in denen die Bewertung der Wählerschaft grundsätzlich übereinstimmt. Über die Wünschbarkeit der Issues „besteht gesamtgesellschaftlich weitgehend Konsens, während hinsichtlich der Art und Weise, wie die Probleme gelöst werden sollen, diskutiert werden kann“ (Maier/Rattinger 2000: 8). „Der Positionissues“ bezeichnet dagegen die „umstrittenen Themen, bei denen die Parteien gegensätzliche Standpunkte vertreten“ (Schultze 1991: 16). Die Themenorientierung der Wählerschaft kann sich auf „retrospektives Voting oder prospektives Voting“ (Bürklin/Klein 1998: 113, Roth/Wüst 1998: 123) beziehen. Bei dem retrospektiven Voting orientieren sich die Wähler an den Vergangenheit erbrachten Leistungen.

Trotz der großen Bedeutung für die empirische Wahlforschung wird das sozialpsychologische Erklärungsmodell in einigen Punkten kritisiert. Vor allem wird das Problem der drei Einflussfaktoren und das Parteiidentifikationskonzept von den Wissenschaftlern kritisiert. „Die Erklärungskraft der einzelnen Determinanten ändert sich von Wahl zu Wahl. Aus diesem Grund sind exakte Wahlprognosen allein auf Grundlage der drei Erklärungsfaktoren nicht möglich“ (Roth/Wüst 1998: 117). Die langfristige und stabile Parteiidentifikation war Hauptkritikpunkt, weil sie stark auf die anderen Erklärungsfaktoren wirkt. „Die Parteiidentifikation liegt als unabhängige Variable inhaltlich zu nahe an der abhängigen, zu erklärenden Variablen, also der Stimmabgabe für eine Partei“ (Eilfort 1994: 74). Der zweite Kritikpunkt an diesem Modell ist die Problematik der Übertragung auf andere politische Systeme und Gesellschaften außerhalb der USA.

D. DER RATIONAL-CHOICE-ANSATZ

Die nicht nur in der Politikwissenschaft, sondern in den gesamten Sozialwissenschaften entwickelte Rational-Choice-Theorie ist ein wichtiges Erklärungsmodell für das Wahlverhalten und wird in der Wahlforschung in neuerer Zeit verstärkt verwendet. Die Pionierstudie „Ökonomische Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs, die im Jahr 1957 erschien, gilt als Klassiker. Downs „übertrug das Menschenmodell der neoklassischen Ökonomie auf die Politik und gab damit den Startschuss für ein neues Forschungsprogramm in der Politikwissenschaft,“ (Arzheimer/Falter 2003: 574). Mit diesem Modell wurde „die Wahlentscheidung primär auf das kurzfristige Kosten-Nutzen-Kalkül der Individuen“ zurückgeführt und somit haben die kurzfristigen Faktoren eine wichtige Bedeutung erlangt, weil diese, „insbesondere der Einfluss politischer Sachfragen am systematischsten im Rahmen der Rational-Choice-Theorie untersucht werden“ (Bürklin/Klein 1998:107). Die Studie war einer der ersten Versuche, politische Zusammenhänge auf der Basis ökonomischer Modellannahmen zu analysieren.

Die Theorie von Downs unterscheidet sich von den soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen in zwei Punkten. Erstens stützte er sich nicht auf „die empirischen Untersuchungen“, sondern „beschränkte sich darauf, aus einigen wenigen axiomatischen Annahmen deduktiv eine Vielzahl von empirisch prüfbar Aussagen abzuleiten“ und zweitens ist „bei der von Downs begründeten Forschungsrichtung der Modellcharakter viel stärker ausgeprägt als bei den bisher vorgestellten Ansätzen“ (Arzheimer/Falter 2003: 574ff.). Wurden die anderen beiden Modelle speziell zur Erklärung des Wahlverhaltens entwickelt, handelt es sich bei Downs' Modell um die Übertragung einer universellen Theorie auf das Wahlverhalten.

Die Grundannahme von Downs ist, dass sich Wähler und Politiker wie rationale Akteure auf dem politischen Markt verhalten. Auf diesem politischen Markt „fungieren die Parteien mit ihren Programmen als Anbieter. Der Wähler als rationaler Käufer orientiert sich in seiner Entscheidung an dem maximal für

ihn zu erzielenden politischen Nutzen“ (Eith 1997: 40). Parteien sind rationale Stimmenmaximierer bei Wahlen. Wähler sind rationale Nutzenmaximierer, also darauf aus, von den Maßnahmen und Programmen der politischen Aktionen den höchsten Gewinn und größtmöglichen Nutzen davon zu tragen. Präferenzen der Akteure sind durch ihr Eigeninteresse bestimmt, damit kann jegliches politische Handeln auf eigennützige Interessen zurückgeführt werden. Dies wird von Downs (1968: 26) als „Eigennutz-Axiom“ bezeichnet. Rationales Verhalten eines Wählers bedeutet für Downs in diesem Zusammenhang, „dass er sich seinen Zielen auf einem Weg nähert, auf dem er nach bestem Wissen für jede Einheit des Wertertrags den kleinstmöglichen Aufwand an knappen Mitteln einsetzt“ (ebd.: 5). Die Menschen handeln egoistisch, insofern sie vor allem ihr materielles Wohlergehen zu maximieren versuchen. Die Entscheidung des Wählers für ein bestimmtes Programm bzw. eine Partei richtet sich dabei nach Kosten-Nutzen-Kalkülen. Der Wähler vergleicht hier die Arbeit der Regierungspartei „in der abgelaufenen Legislaturperiode mit dem vermuteten Ergebnis der Oppositionsparteien, wären diese an der Macht gewesen“ (Eith 1997: 40). Dann entscheidet sich für eine Partei, die seine Ziele am besten verwirklicht.

Der Rationalitätsbegriff im Kontext der Rational-Choice-Theorie ist eng definiert und darf nicht mit dem Alltagsverständnis von „rational“, im Sinne „einer begründeten Wahlentscheidung“ (Bürklin/Klein 1998: 108), verwechselt werden. Downs schränkt den „Rationalitätsbegriff“ auf „politische und wirtschaftliche Rationalität“ ein, um „tautologische Schlüsse“ und damit „Nicht-Falsifizierbarkeit“ (Downs 1968: 6) zu vermeiden. „Der Begriff der Rationalität bezieht sich niemals auf die Ziele, sondern ausschließlich auf die Mittel und immer nur auf Handlungsprozesse“ (Bürklin/Klein 1998: 108). In der Voraussetzung des Rationalitätsverständnisses muss der Wähler „Präferenzen besitzen“ (vgl. Zintl 1989: 53). Die Präferenzen der Wähler werden als „fix“ und „exogen“ modelliert, „d.h., die Präferenzen der Menschen sollen nicht erklärt werden, sondern es soll untersucht werden, wie sich Menschen bei konstanten Präferenzen unter welchen Umweltbedingungen (Restriktionen) verhalten“ (Bürklin/Klein 1998: 109). Nach Downs handelt ein Mensch rational, wenn er durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird:

„(1) wenn er vor eine Reihe von Alternativen gestellt wird, ist er stets imstande, eine Entscheidung zu treffen; (2) er ordnet alle Alternativen, denen er gegenübersteht, nach seinen Präferenzen, so dass jede im Hinblick auf jede andere entweder vorgezogen wird oder indifferent oder weniger wünschenswert ist; (3) seine Präferenzordnung ist transitiv; (4) er wählt aus den möglichen Alternativen stets jene aus, die in seiner Präferenzordnung den höchsten Rang einnimmt; (5) er trifft, wenn er vor den gleichen Alternativen steht, immer die gleiche Entscheidung“ (Downs 1968: 6).

Die politische Funktion von Wahlen in einer Demokratie ist das Auswählen einer Regierung. Nach Downs ist rationales Wählen immer

„instrumentell“, weil es „zielgerichtet“ (vgl. ebd.: 110) ist. Die anderen Funktionen der Wahlen werden von Downs ausgeblendet. Er sieht jede Wahl nicht nur als ein Mittel zur Regierungsbildung, sondern „auch eine Signalvorrichtung, welche die Zeichen entweder auf Kontinuität oder Wandel stellt“ (Peters 2000: 298). Gemäß dem Eigennutzaxiom handeln politische Parteien, um „Einkommen, Macht, Einkünfte und Prestige“ zu erlangen und „Ideologien entwickeln sich aus diesem Bestreben als Mittel zur Erreichung dieses Amtes“ (Downs 1968: 108). Im Downsschen Modell können Ideologien „als Leitbilder für eine ideale Gesellschaft“ (Peters 2000: 296) verstanden werden. Der Wahlsieg ist zugleich das Ziel der politischen Parteien, die derzeit nicht regieren. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine Regierung in einem demokratischen Staat versuchen, „die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen zu maximieren und sie behandelt ihr politisches Programm lediglich als Mittel zu diesem Zweck“ (Downs 1968: 40). Parteiprogramme „bieten den Wählern jene politische Konzepte an, von denen sie glauben, dass sie die Mehrheit der Wähler ansprechen“ (Bürklin/Klein 1998: 113)

Um sein Nutzeneinkommen abwägen zu können, braucht der Wähler Informationen. Nach Downs (1968: 45) hängt die Beurteilung des Wählers jeder Partei ab, „(1) von den Informationen, die er über ihre Politik hat, und (2) von der Beziehung zwischen den ihm bekannten Eigenheiten ihrer Politik und seiner Auffassung von der guten Gesellschaft.“ Der ideale Wähler Downs' ist der vollständig informierte Bürger, der die Fähigkeit besitzt, das Nutzenpotential verschiedener Parteien im Detail zu vergleichen, zu bewerten und der dadurch in der Lage ist, zu einer sicheren Entscheidung über die für ihn optimale Alternative zu gelangen. Der vollständig informierte Wähler ist die wenig realistische Hypothese der Theorie Downs'. „Kein Wähler, auch nicht der politisch noch so interessierte Staatsbürger wird über die konkreten Standpunkte der konkurrierenden Parteien zu allen politischen Streitfragen Bescheid wissen“ (Bürklin/Klein 1998: 111).

Wegen der Unmöglichkeit vollständiger Informationen in der Realität muss der Wähler „normalerweise unter 'Ungewissheit' entscheiden“ (Roth/Wüst 1998: 121). Ungewissheit ist jeder Mangel an sicherem Wissen über den Verlauf vergangener, gegenwärtiger, zukünftiger Ereignisse. Sie ist graduell und kann durch zusätzliche Informationen reduziert werden. „In der wirklichen Welt hindern die Ungewissheit und der Mangel an Information selbst den intelligentesten und bestinformierten Wähler daran, sich so zu verhalten, wie wir es beschrieben haben“ (Downs 1968: 44). Der sich unvollständig informierte Wähler muss die Kosten und den Nutzen, Arbeit und Aufwand gegeneinander abschätzen, berechnen und kalkulieren, um eine Entscheidung zu erreichen.

Bei diesem Modell wird das Wahlparadoxon, das in der Folgezeit in der Rational-Choice-Literatur hinzukam, als ein wichtiges Problem diskutiert. „Wenn Wahlverhalten wirklich instrumentelles Verhalten ist, [...] dann macht

es in Massendemokratien für den Einzelnen letztlich keinen Sinn, sich an Wahlen zu beteiligen“ (Bürklin/Klein 1998: 124). Wegen der Millionen anderen Wähler ist die Stimme eines Wählers eigentlich irrelevant. „Daher ist der Stimmzettel des Einzelnen nur ein Tropfen in einem Ozean“ (Downs 1968: 238). Um dieses Paradox aufzulösen, sucht Downs nach Vorteilen. Er führt hier den Nutzen des Systems Demokratie für den Wähler an. Demokratie kann „ohne Beteiligung ihrer Bürger nicht funktionieren“ (Bürklin/Klein 1998: 124) und „die Wahlteilnahme ist der Preis für die Demokratie“ (Downs 1968: 264f).

Obwohl die Rational-Choice-Theorie in den Wirtschaftswissenschaften ein bedeutendes Modell ist, wird die Theorie in der Politikwissenschaft kontrovers diskutiert. „Bis auf den heutigen Tag besteht eine gewisse Unklarheit darüber, was unter dem Begriff der Rational-Choice-Theorie zu subsumieren ist, was der Begriff der Rationalität im Bereich des Wählerverhaltens konkret bedeutet und wo die Vorteile und Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes liegen“ (Bürklin/Klein 1998: 108). Das Modell „setzt im allgemeinen hohe kognitive Fähigkeiten und Verhaltensintentionen voraus, deren Existenz bei der Mehrzahl der Wähler der theoretischen Diskussion stark umstritten ist“ (Busch 1997: 185). Ein anderer Kritikpunkt ist, dass diese Theorie die hohen Wahlbeteiligungsraten in den meisten westlichen Demokratien, z.B. „in der Bundesrepublik bei gleichzeitig geringem Informationsstand der Wähler“ (Roth/Wüst 1998: 122), nicht erklären kann.

E. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER THEORIEN

Nach der Darstellung der wichtigsten Theorien ist deutlich geworden, dass die unterschiedlichen Ansätze nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern als komplementäre Erklärungsmodelle angesehen werden sollten, die für die bestimmte Wählergruppe besonders gute Erklärungsmöglichkeiten anbieten können. Andererseits sind aber auch die Schwierigkeiten der Wahlforschung deutlich geworden, den komplexen Prozess der Wahlentscheidung angemessen in theoretischen Modellen abzubilden. Gruppenspezifische Faktoren und Interessen, individuelle Handlungskalküle, Lang- und Kurzeiteinflüsse werden kaum in einem einzigen Ansatz berücksichtigt. Wegen der unterschiedlichen Prämissen, Vorgehensweisen und Fragestellungen können die Erklärungsansätze nicht direkt verglichen werden. „Die Erklärungsmodelle beschränken sich auf verschiedene Facetten“ (Korte 2005: 82). Jedes Modell betont bestimmte Aspekte der Realität. Die Kombination von unterschiedlichen Theorien kann das Wahlverhalten besser erklären.

Der soziologische Ansatz untersucht das Wählerverhalten in Gruppeninteressen. Politische, ökonomische und kulturelle Faktoren werden durch eine Analyse des historisch „fundierten“ (Eith 1997: 57) und „gewachsenen“ (Korte 2005: 82) Konfliktmusters identifiziert. Diese Faktoren bedingen die Herausbildung und Stabilisierung von verschiedenen Gruppeninteressen. Politische Eliten, die „die jeweiligen Weltbilder langfristig

formulieren und repräsentieren, tagespolitische Forderungen kurzfristig aktualisieren“ (Eith 1997: 57), haben eine große Bedeutung. Die Ursache des langfristigen Wahlverhaltens erklärt man durch die politische Wirkung der gesellschaftlichen Grundstrukturen und Milieus, „die nur einem schrittweise vorankommenden Veränderungsprozess unterliegen“ (vgl. Korte 2005: 82). Der rationale Ansatz bezieht sich auf einen gegensätzlichen Ausgangspunkt. Dieses Modell zeigt die äußeren Bedingungen und Restriktionen des Handlungsraums. Wenn es um die kurzfristigen Umschwünge zur Wahlentscheidung geht, wird diese Situation als Reaktion auf veränderte Bedingungen kommentiert. Aber die Frage, „warum Restriktionsveränderungen zu unterschiedlichen Reaktionen führen“ (Eith 1997: 58), bleibt außerhalb dieser Theorie. Das Verhalten der politischen Eliten hat auch in diesem Modell „eine Schlüsselfunktion“ (Korte 2005: 83). Sie bearbeiten die günstigsten Themen zu dem Regierungszweck und beeinflussen die Wählerschaft. „Diese Erklärungsperspektive hat ebenfalls ihre Grenzen. Nur unbefriedigend lassen sich im Rahmen einer Rational-Choice-Analyse letztlich langfristige Verschiebungen der Parteienpotentiale sowie regionale Unterschiede im Wählerverhalten erklären“ (Eith 1997: 58).

Das individualpsychologische Modell hat „eine gewisse Mittelposition“ (Korte 2005: 83) zwischen den soziologischen und rationalen Erklärungsansätzen. Das Wählerverhalten beschränkt sich nicht lediglich auf die soziale Struktur der Umwelt. Aus subjektiver Wahrnehmung erlangt der Wähler seine Einstellung, die seine Entscheidung bei der Wahl bestimmt. Dieses Erklärungsmodell richtet sich weniger auf die langfristigen Veränderungen. Bei aktuellen Wahlentscheidungen handelt es sich um das Zusammenspiel von langfristiger Orientierung und kurzfristiger Problembewertung. Die Relevanz der Issueorientierung nimmt für die Ausprägung einer Parteibindung zu. In diesem Sinne „nähert sich der individualpsychologische Ansatz dem theoretischen Erklärungsmodell der Rational-Choice-Analyse an, ist allerdings wesentlich einfacher zu operationalisieren“ (Eith 1997: 58). Andererseits wird die Bedeutungszunahme der kurzfristigen Faktoren von Arzheimer und Falter als eine Gefahr gesehen. „Wissenschaftliche Studien, die ausschließlich mit kurzfristigen Faktoren argumentieren, kommen oft zu sehr spezifischen Aussagen, die kaum auf andere Wahlen übertragbar sind“ (Arzheimer/Falter 2003: 583).

III. TÜRKISCHSTÄMMIGE WÄHLERSCHAFT: IHR WAHLVERHALTEN UND IHRE EIGENSCHAFTEN

Die Diskussion um die ethnische Stimme verdichtet sich in der Politikwissenschaft in zwei Meinungen: Die erste sieht die Zugehörigkeit einer ethnischen Gruppe als einen unabhängigen Faktor zur Erklärung des Wahlverhaltens. Die zweite sieht die ethnische Zugehörigkeit als einen vorübergehenden Faktor. Die Ethnizität wurde von Glazer und Moynihans (1963: 310) als dauerhafter und von soziodemographischen Variablen unabhängiger Einflussfaktor definiert, während Wolfinger (1965: 896ff.) davon

ausgegangen war, dass der Einfluss der Ethnizität in Wahlen von der Stärke der „ethnischen Identifikation“ und dem „Niveau der ethnischen Relevanz“ abhängt, dass Kandidaten der gleichen ethnischen Gruppen eine wichtige Rolle für die Parteipräferenz oder dem Parteiwechsel spielen und dass „Parteibindungen über Generationen hinweg nach ihrer Formung bestehen bleiben, auch wenn die ethnische Zugehörigkeit an Bedeutung verloren hat.“

Der Einfluss der Ethnizität auf das Wahlverhalten ist in Deutschland ein relativ neues Forschungsthema und „es gibt nur wenige empirische Analysen des Wahlverhaltens eingebürgerter Personen in Deutschland“ (Wüst 2002: 31). Daten, die das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft in Deutschland abbilden, beruhen meistens auf Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien innerhalb der Mehrthemenbefragungen (Goldberg/Humbert 1998, Sauer/Goldberg 1999, Goldberg/Sauer 2003 und 2004, Sauer/Goldberg 2006, Sauer 2007, 2008, 2009 und 2011), der Konrad-Adenauer-Stiftung (Von Wilamowitz-Moellendorff 2001, 2002, 2005, 2011) und des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung (Wüst 2002, 2003, 2005, 2006, 2007 und 2011).

Nach den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien wählen die wahlberechtigten Türken mehrheitlich die SPD und sympathisieren mit den Grünen.⁴ Ihr Wahlverhalten wird von ihrem „Arbeiterstatus“, ihrer „Migrationsgeschichte“, individuellen „soziodemographischen Faktoren sowie aktuellen politischen Inhalten und Kandidaten“ beeinflusst und zu den wichtigen politischen Problemen zählen „Arbeitslosigkeit, Ausbildungsstellenmangel und Ausländerfeindlichkeit“ (Goldberg/Sauer 2004: 156ff., Sauer/Goldberg 2006: 150ff., Sauer 2007: 160ff., Sauer 2011: 163). Die politischen Präferenzen der türkischstämmigen Wählerschaft „werden weniger als bei den deutschen Wählern durch sozialstrukturelle Merkmale determiniert“ und „der Minderheitenstatus überdeckt mit all seinen Implikationen andere Faktoren, die auf die Präferenz bestimmter Parteien einwirken.“ (Goldberg/Sauer 2003: 163).

Diese Ergebnisse werden auch von Von Wilamowitz-Moellendorff (2005: 40ff, 2011: 24) bestätigt. Der Großteil der Türken befindet sich aufgrund ihrer Arbeiterschaft in einem SPD-nahen und gewerkschaftlich beeinflussten Umfeld und bevorzugt überwiegend die SPD. Er benennt vier wichtige Themenfelder: Diskriminierung, der EU-Beitritt der Türkei, Kampf gegen Rechtsradikalismus und Arbeitslosigkeit, die das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft beeinflussen.

Zusätzlich zu diesen Ergebnissen betont Wüst (2003a: 113ff., 2003b: 29ff., 2007: 155f.), dass die Ethnizität und der Migrationshintergrund wichtige

4 Nach den Ergebnissen des Jahres 2012 „würden 54% der Deutsch-Türken die SPD wählen, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen mit 28%. Die Linke/PDS würde 12% der Stimmen erhalten, 4% würde die CDU wählen“ (Sauer 2012: 136).

Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung türkischstämmiger Wählerschaft sind. Weiterhin stellt er fest, dass die ethnische Gruppenzugehörigkeit zur Wahlentscheidung der Türkischstämmigen wichtiger als andere soziodemografische Faktoren ist und dass die eingebürgerten Türken als die ethnische Gruppe mehrheitlich die SPD und die Grünen wählen. In diesem Sinne wählen sie unter dem Einfluss der eigenen ethnischen Gruppe. Sie waren „einmal“ oder sind wegen der „doppelten Staatsangehörigkeit“ immer noch Staatsbürger der Türkei (vgl. Wüst 2002: 48). Damit verbunden ist eine Mitgliedschaft in der türkischen Minderheitsgruppe, die „sich am deutlichsten von den Deutschen unterscheidet“ (Kalter/Kranator 2004: 80), weil sich die Sozialstruktur der Türken in Deutschland durch Migration gebildet hat und eingebürgerte Türken von dieser Sozialstruktur nicht unabhängig sind. Sie teilen mit der türkischen Bevölkerung eine gemeinsame Sprache, gleiche kulturelle Werte, Traditionen und ähnliche Schwierigkeiten der Migration. In diesem Zusammenhang haben der Migrationsprozess und der ethnisch-, kulturell- und religiöse Hintergrund große Erklärungskraft zur Wahlentscheidung der türkischstämmigen Wählerschaft. Andererseits kann sich die Mehrheit der Türkischstämmigen nicht vorstellen, die Unionsparteien zu wählen. Es ist hier wichtig, dass „sich die früher von der Kirche abgeleitete Bindung an christdemokratische Parteien in eine originäre Parteibindung transformiert hat, obwohl sich das System der Bundesrepublik säkularisierte“ (Beyme 1999: 109). Darum gibt es keinen Grund für einen Muslim, eine christliche Partei zu wählen. Unionsparteien, die „das ‚C‘ im Namen tragen, ermutigen nicht unbedingt die Muslimen“ (Wüst 2003b: 38).

Wegen der starken ethnischen Gruppenzugehörigkeit und Heimatverbundenheit im Migrationsprozess wird die türkischstämmige Wählerschaft von den türkischen Massenmedien in Deutschland und den Wahlempfehlungen der türkischen Parteien, Regierungen und Politiker beeinflusst. Die türkische Massenmedienwirkung auf das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken ist „62,82%“ und der Einfluss der Türkei (durch die türkischen Parteien, Regierungen und Politiker) auf die Wahlentscheidung der Türkischstämmigen ist „53,39%“ (vgl. Acar 2012: 95).

Unter diesen Bestimmungsfaktoren zeigt sich, dass die kurzfristigen Einflüsse (Themen- und Kandidatenorientierung) besondere Bedeutung zukommen. Die eingebürgerten Türken unterschieden sich bei den Bundestagswahlen in der Bewertung politischer Themen und Parteien von der deutschen Bevölkerung. Als wahlentscheidende Themen werden die Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus, die Gleichstellung von Ausländern, die Diskriminierung und der EU-Beitritt der Türkei angesehen. Wirtschaftliche Themen haben keine Bedeutung für die Wahlentscheidung (vgl. Goldberg/Sauer 2003: 165). Kandidatenorientierung hängt von diesen Themen und der Parteipolitik ab. Hinsichtlich der Kandidaten spielen türkischstämmige Kandidaten der Parteien eine strategische Rolle, um

das Wählerpotenzial türkischer Herkunft zu mobilisieren. Sie greifen als Kandidaten oder Abgeordnete die Ziele und Probleme der türkischen Bevölkerung auf und vertreten im parlamentarischen Prozess. „Dabei dürfte es nicht nur einen Unterschied machen, welche Partei sich der Probleme annimmt, sondern auch welche Personen“ (Wüst 2006: 228). Die SPD, Grünen und Linkspartei stellen mehr türkischstämmige Kandidaten als die anderen Parteien auf.

Es ist eine allgemeine Annahme, dass die migrationsspezifischen Probleme von den Linksparteien besser gelöst werden können. Diese Annahme gilt auch für die türkischen Migranten, weil „linke Parteien für die Integration von Ausländern traditionell offener und toleranter sind“ (Wüst 2005: 144, Vogel/Wüst 2003: 267). Nach einem Vergleich der Wahlprogramme (2002, 2005, 2009) der Parteien haben SPD, Grüne, und Linkspartei eine offene und positive Haltung gegenüber der Einwanderung. Die SPD und die Grünen haben sich bemüht, die Einbürgerung durch Gesetzesmaßnahmen zu erleichtern. Dagegen wollen die CDU/CSU weitere Einwanderungen verhindern und stattdessen die Integration stärken. Der Rechtsextremismus und die Diskriminierung werden von allen Parteien außer der CDU/CSU thematisiert und bekämpft. Die EU-Vollmitgliedschaft der Türkei ist das einzige außenpolitische Thema, das die Wähler türkischer Herkunft auf bestimmte Parteien ausrichtet. Obwohl die EU-Mitgliedschaft der Türkei von der CDU/CSU in ihren Wahlprogrammen abgesagt wird, wollen SPD, Grüne, Linke und FDP die Türkei langfristig an eine Mitgliedschaft in die EU heranführen, sobald die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt. Die türkische Bevölkerung erwartet, dass sich die Türken innerhalb der Parteien mit diesen Themen oder Problemen beschäftigen.

In diesem Zusammenhang sind Migrationscleavages mit der Programmatik und den Wahlprogrammen der Parteien eng verbunden. Die Rolle der Parteien und ihrer Angebote an die Deutsch-Türken haben besondere Prägekraft für ihr Wahlverhalten. Türkischstämmige Wählerschaft wird in Deutschland besonders von der SPD, den Grünen und der Linkspartei durch ihre politischen Strategien und Angebote, die direkt an die Türken als ethnische Gruppe und an die Türkei gerichtet sind, durch ihre multikulturellen Gesellschaftskonzeptionen und durch ihre Hilfe, die von den Türken über lange Zeit wahrgenommen wird, bei speziellen Problemen des Migrations- und Integrationsprozesses der türkischen Gesellschaft in Deutschland mobilisiert. Im Zusammenhang mit den Erfahrungen mit Parteien in Bezug auf die eigene Geschichte hat die SPD als eine große Partei hier eine besondere Bedeutung für die Türkischstämmigen, weil „die deutliche SPD-Präferenz offensichtlich aus den Anfängen der Migrationsgeschichte rührt und sich auf die Nachfolgeneration übertragen hat“ (Goldberg/Sauer 2003: 166). Dagegen konnten die Unionsparteien als Alternative das Verhaltensmuster der türkischstämmigen Wählerschaft nicht verändern.

Diese Bestimmungsfaktoren deuten darauf hin, dass sich die türkischstämmige Wählerschaft in Deutschland von gebürtigen Deutschen unterscheidet und von vielseitigen Einflussfaktoren abhängig ist. Diese Menschen haben in Deutschland eine andere Sozialstruktur, andere Themenkomplexe und andere Erwartungen. Ihre Entscheidungen werden sowohl von deutscher Seite, die die besonderen Aktivitäten und Angebote der Parteien impliziert als auch von türkischer Seite, durch die Beeinflussung der Türkei selbst und der türkischen Medien in Deutschland beeinflusst. Die migrationsspezifischen Faktoren und der kulturell-religiös-ethnische Hintergrund zeigen sich als entscheidende Variable.

IV. DIE ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN DER THEORIEN FÜR DIE TÜRKISCHSTÄMMIGEN WÄHLERSCHAFT

Welche Konsequenzen für die theoretische Erklärung des Wahlverhaltens von türkischstämmigen Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen sind aus der bisherigen Diskussion zu ziehen? Mit welchen theoretischen Ansätzen kann man das Wahlverhalten von Deutsch-Türken erklären? Sind die Erklärungsansätze übertragbar und welche Bedeutung haben diese Modelle für das politische Verhalten von Deutsch-Türken?

Während Wüst (2003a: 19) den sozialpsychologischen Ansatz, die Rational-Choice-Elemente und den Migrationshintergrund für die Erklärung der politischen Einstellungen und des Wahlverhaltens von Migranten anwendbar sieht und dabei theoretische Ansätze der Wahlforschung kombiniert mit solchen aus der Migrationsforschung verwendet, übernehmen Michon und Tillie (2003: 105ff.) das Konzept der Cleavages (Konfliktlinien) und das ökonomische Modell des Wahlverhaltens. Durch eine Kombination dieser Ansätze ist die Wahlentscheidung der Migranten erklärbar. Darüber hinaus ist er in seinen Studien zu den Ergebnissen gekommen, dass sich alle Migranten dem vorherrschenden politischen Links-Rechts-Diskurs anpassen und dass die Ethnizität und Ideologie für die Erklärung des Wahlverhaltens der Migranten eine wichtige Rolle spielen.

Bisherige Arbeiten, besonders in Deutschland (Wüst 2002) und in den Niederlanden (Tillie 1998, 2003) haben gezeigt, dass der klassisch-soziologische Ansatz und langfristige Faktoren der Wahlentscheidung für die Erklärung des Wahlverhaltens von eingebürgerten Personen in zu geringem Maße anwendbar sind. Eigentlich spricht man in der Wahlforschung von einer „fortschreitenden Entkopplung von Sozialstruktur und Wahlverhalten“ (Veen/Gluchowski 1988: 225ff). Klassische sozialstrukturelle Faktoren spielen für die Erklärung des Wahlverhaltens von Eingebürgerten „zwar eine Rolle, möglicherweise jedoch keine dominante“ (Wüst 2003a: 119), weil die eingebürgerten Wähler türkischer Herkunft „gegenüber der Gesamtheit der Wahlberechtigten nicht nur andere soziökonomische Strukturen aufweisen dürften“, sondern auch „der andere kulturell-ethnische Hintergrund dieser Gruppe sich auf die politische Meinung niederschlagen könnte“

(Goldberg/Humbert 1998: 4). Neben der Religionszugehörigkeit, die „eine zusätzliche Bedeutung für die Erklärung des Wahlverhaltens von Eingebürgerten hat“ (Wüst 2003a: 122), haben in diesem Rahmen die Faktoren Beruf, Bildungsgrad, Religiosität und Gewerkschaftsmitgliedschaft bei den politischen Präferenzen und dem Wahlverhalten partielle Erklärungskraft. Stattdessen „besitzen die ehemalige Staatsbürgerschaft bzw. Ethnizität und der Migrationshintergrund große Erklärungskraft“ (Wüst 2005: 142) für die politischen Einstellungen von Deutsch-Türken. In diesem Sinne ist der Migrationshintergrund ein sozialstrukturelles Merkmal.

Obwohl Klassen- und Religionskonfliktlinien, „die früher die wichtigsten Cleavages in Europa waren“, als wichtigste Identifikationen ihre Bedeutung verloren haben, „vertreten einige Wissenschaftler die Ansicht, dass sich neue Cleavages entwickelt haben, welche die Parteiensysteme und die Parteipräferenz gegenwärtig bestimmen,“ (Michon/Tillie 2003: 105). Diese neuen Konfliktlinien können von Land zu Land unterschiedlich sein und strukturieren neue Wählergruppierungen. Für die empirische Wahlforschung ergeben sich neue Konfliktlinien durch spezielles Wahlverhalten entlang ethnischer Cleavages, die traditionellen Cleavages überlagern. In diesem Zusammenhang stellt Wüst (2003a, 2003b) in Deutschland einen Migrationscleavage fest, der einerseits durch die jeweilige migrationsgruppenspezifische Parteipolitik determiniert und andererseits von der ehemaligen Staatszugehörigkeit der Neubürger geformt wird. Sowohl Erfahrungen mit Parteien im Rahmen der eigenen Migration- und Integrationsprozesse als auch mono- bzw. multikulturelle Gesellschaftskonzeptionen der Parteien spielen eine entscheidende Rolle. Er bezeichnet aufgrund seiner empirisch gewonnenen Erkenntnisse den Migrationshintergrund als wichtige, mittelfristig stabile Variable, die zur Erklärung und Prognose des Wahlverhaltens eingebürgerter Personen beiträgt. Der große Einfluss der ehemaligen Staatsangehörigkeit auf das Wahlverhalten zeigt sich in multivariaten Erklärungsmodellen, die versuchen, den Einfluss einzelner Variablen im Zusammenspiel mit vielen anderen, potenziell erklärungskräftigen Variablen zu bestimmen. Nach Wüst (2003a: 124) bestimmt auch „die Gruppenzugehörigkeit“, die von den Türken in Deutschland stark wahrgenommen wird, „das Wahlverhalten maßgebender als andere soziodemographische Faktoren.“

Die Cleavage-Theorie kann auch nach Michon und Tillie (2003: 105f.) die Frage besser erklären, warum Migranten bestimmte Parteien wählen. Sie gehen davon aus, dass die Wahlstrategien aus der Perspektive der wahlberechtigten Migranten innerhalb des Konzepts der Cleavages ausgemacht werden, dass Migranten in diesem Modell theoretisch drei Arten von soziologischen Identifikationen entwickeln können: „eine der Ethnizität, eine

der Arbeiterklasse oder eine Schwarze.“⁵ Die Ethnizität spielt eine Rolle, wenn Migranten sich mit ihrer eigenen ethnischen Gruppe identifizieren. In diesem Fall wählen sie eine Partei, die sich auf die ethnische Herkunft gründet oder eine Person, die derselben ethnischen Gruppe angehört. Die Ethnizität ist hier ein erklärender Faktor. Wenn Migranten sich mit der Klassenzugehörigkeit identifizieren, wählen sie die Partei, welche die Arbeiterklasse repräsentiert. In diesem Fall spielt die Ethnizität keine Rolle. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Partei, die sich auf die ethnische Herkunft gründet. Aber die „Inhalte der Wahlprogramme der deutschen Parteien“ und ihre türkischstämmigen Kandidaten haben nicht nur auf das Wahlverhalten der eingebürgerten Türken, sondern auch auf die „Verbindung zwischen Parteien und eingebürgerten Wählern“ (Wüst 2005: 142) einen besonderen Einfluss. „Den situativen Einflussfaktoren der Kandidatenbewertung kommt eine größere Bedeutung als der Orientierung an Sachthemen zu“ (Eith 1997: 66).

Die Theorien zu den situativen Einflussfaktoren können das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten noch besser und schlüssiger als die Theorien längerfristiger Einflussfaktoren erklären, weil die situativen Einflussfaktoren auf die eingebürgerte Gruppe türkischer Herkunft naturgemäß stärker als auf die deutschen Wähler wirken. Andererseits „stoßen Wahlanalysen langfristig-struktureller Art zunehmend auf Grenzen“ und „alle greifbaren Sozialvariablen vermögen einen beträchtlichen und steigenden Anteil des Wählerverhaltens nicht mehr zu erklären“ (Rudzio 2000: 216). In dieser Hinsicht hat das Rational-Choice-Modell des Wahlverhaltens zwei Bedeutungen in der Wahlforschung von Migranten. Zum ersten lassen sich „kurzfristige Stimmenumschwünge“ im Allgemeinen besser durch das „Untersuchungsdesign des Rational-Choice-Ansatzes und des Ann-Arbor-Modells analysieren“ (Eith 1997: 59). Zum zweiten wird dieses Modell noch einfacher operationalisiert. „Es bezieht sich auf alle Bürger gleichgültig, welcher ethnischen Herkunft sie sind“ (Michon/Tillie 2003: 105).

In diesem Modell wählt jeder Bürger für die Partei, von der er sich die meisten Vorteile verspricht. Vielmehr wird der kurz- und mittelfristige Nutzen in den Mittelpunkt gestellt und die Wahlentscheidung an diesen Nutzenerwartungen ausgerichtet. Personen wählen jeweils die Partei, die ihrer aktuellen Interessenlage entsprechend den größten Nutzen für die Person erbringt, wenn diese Partei an die Regierung kommt. Personen wählen die Partei, der sie die höchste Lösungskompetenz bei für wichtig erachteten Problemen zuschreiben. Wichtige Fragen sind: Welche Probleme erachtet der türkischstämmige Wähler für wichtig (Problemrelevanz) und von welcher Partei nimmt er an, dass sie diese am ehesten in seinem Sinne lösen kann (Problemlösungskompetenz)? Zugleich kann angenommen werden, dass die

5 „Schwarz bezieht sich in diesem Fall auf alle, die aufgrund ihrer Rassenzugehörigkeit diskriminiert werden“ (Michon/Tillie 2003: 105).

Parteien als rationale Akteure ein wachsendes Interesse an der Mobilisierung von Eingebürgerten haben müssen, um Wählerstimmen zu maximieren.

Der Untersuchung des Wahlverhaltens der türkischstämmigen Wähler in Deutschland liegen als Konsequenz der bisherigen Diskussion folgende Annahmen zugrunde: Das Wahlverhalten lässt sich migrationsanalytisch als Wechselwirkung zwischen der Ethnizität, dem Migrationscleavage und kurzfristig-situativen Faktoren verstehen. Langfristig wirksame und historisch soziologische Einflussfaktoren können das politische Verhalten von Deutsch-Türken nicht genügend erklären. Den Migrationshintergrund muss man als einen sozialstrukturellen Faktor beachten. In diesem Kontext ist das Wahlverhaltensmuster der türkischstämmigen Wählerschaft am besten durch eine Kombination der oben vorgestellten Modelle, dem Migrationshintergrund bzw. der Ethnizität und den Einflüssen der Türkei (türkische Regierungen, Parteien und Politiker) und türkischen Massenmedien in Deutschland erklärbar, die für die Wählerschaft türkischer Herkunft besonders bestimmende Faktoren sind. „Die Kombination von verschiedenen theoretischen Perspektiven und unterschiedlichen methodischen Analysestrategien eröffnet der empirischen Wahlforschung einen erfolgversprechenden Weg“ (Eith 1997: 60).

V. SCHLUSSFOLGERUNG

In der vorangegangenen Analyse wurden die wichtigsten Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, die Eigenschaften der türkischstämmigen Wählerschaft hinsichtlich ihres politischen Verhaltens und Übertragungsmöglichkeiten der Theorien auf ihre Situation vorgestellt. Es sollte deutlich geworden sein, dass die Wählerentscheidung sowohl von langfristigen (strukturellen) als auch von kurzfristig-situativen Faktoren bestimmt wird und dass die unterschiedlichen Erklärungsmodelle durchaus komplementär sind.

Nach dem soziologischen Ansatz von Lazarsfeld wird das Wahlverhalten durch den sozioökonomischen Status wie die soziale Klasse, die Religionszugehörigkeit, den Beruf und den Wohnort des Wählers beeinflusst, während das Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan von vier Hauptkonfliktlinien (Zentrum vs. Peripherie, Staat vs. Kirche, Stadt vs. Land und Arbeit vs. Kapital) in der Gesellschaft ausgeht, denen die Parteien zugeordnet werden können. Personen werden dann auf den Polen dieser Konflikte lokalisiert und dementsprechend wird auf das Wahlverhalten geschlossen. Im Gegensatz zum soziologischen Ansatz geht es dem sozialpsychologischen Ansatz von Campbell et al. darum, das Wählerverhalten nicht lediglich auf die soziale Struktur der den Wähler umgebenden Umwelt zu beschränken. Das Individuum selbst steht hier im Mittelpunkt. Die Sozialstruktur hat keine direkte Einwirkung auf die Wahlentscheidung, sondern vermittelt über politische Einstellungen. Das Wahlverhalten wird durch die Parteiidentifikation, Kandidatenorientierung und politische Sachfragen strukturiert. Während das Konzept der Parteiidentifikation einen langfristigen Einflussfaktor beschreibt, handelt es sich bei der Themen- und

Kandidatenorientierung um kurzfristig wirksame Faktoren. Die persönliche Wahlentscheidung wird durch das Zusammenspiel dieser lang- und kurzfristigen Einflüsse determiniert. Der Rational-Choice-Ansatz geht von der rationalen Nutzenkalkulation der Wähler aus. Die Parteien agieren als Anbieter politischer Programme, die von den Wählern nachgefragt werden. Die Entscheidung des Wählers für ein bestimmtes Programm bzw. eine Partei richtet sich dabei nach Kosten-Nutzen-Kalkülen. Sie wählen die Partei, von der sie den größten Nutzen erwarten. Diese verschiedenen Ansätze des Wahlverhaltens sind allein nicht verwendbar, um das Wählerverhalten der türkischstämmigen Wählerschaft zu erklären, weil jedes Modell eigene Grenzen, Möglichkeiten und Fragestellungen hat. Es gibt kein umfassend erklärendes und allgemein anerkanntes Modell des Wahlverhaltens, es gibt mehrere Modelle, die die unterschiedlichen, vielseitigen und speziellen Bestimmungsfaktoren haben.

Die eingebürgerten Türken bilden einerseits eine Teilgruppe innerhalb der deutschen Gesellschaft und ihrer sozialen Struktur, so dass ihre politischen Präferenzen und ihr Wahlverhalten anhand der Ansätze empirischer Wahlforschung erklärbar sind und mit gebürtigen Deutschen verglichen werden können. Andererseits differenzieren sie sich von Deutschen durch ihren Migrationshintergrund. In diesem Zusammenhang besitzen der Migrationshintergrund und die ehemalige türkische Staatsbürgerschaft oder Ethnizität als soziodemographische Merkmale, die die Parteipräferenzen beeinflussen, große Erklärungskraft. Außerhalb der beiden Faktoren können die klassischen sozialstrukturellen Variablen (Geschlecht, Alter, Beruf, Bildungsniveau und Einkommen) das Wahlverhalten von eingebürgerten Türken nicht ausreichend genug erklären. Dagegen stehen die Cleavage-Theorie und kurzfristig- situativen Faktoren im Vordergrund. Die migrationsspezifischen Konfliktlinien entlang der gesellschaftspolitischen Grundpositionen und gruppenspezifischen Präferenzen der Parteien sind für das Wahlverhalten der türkischstämmigen Wahlberechtigten entscheidend. In diesem Sinne haben die sozialpsychologische Theorie und die Rational-Choice-Theorie große Bedeutung. Obwohl sich die langfristige Parteiidentifikation nicht als erklärungskräftiger Faktor bestätigt, um das Wahlverhalten von Deutschen türkischer Herkunft zu erklären, kommen dagegen Themenorientierung, Kandidatenorientierung und Lösungskompetenzen der Kanzlerkandidaten und Parteien besondere Bedeutung zu. In diesem Sinne determiniert das Wahlverhalten der Türkischstämmigen nicht sozialstrukturell, sondern situativ und wählen sie mehrheitlich die SPD und meiden die Unionsparteien.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass die migrationsspezifischen Faktoren das Wahlverhalten von Deutsch-Türken als Individuen und als soziale Gruppe im Speziellen determinieren. Eine Kombination dieser Theorien hilft der Erklärung des Wahlverhaltens von wahlberechtigten Türken in Deutschland.

Neben den situativen Faktoren haben der Migrationshintergrund, Migrationscleavages, die Ethnizität und Gruppen- und Religionszugehörigkeit eine große Bedeutung, um das Wahlverhalten eingebürgerter Türken zu erklären.

LITERATUR

ACAR, Mustafa (2012), Politische Einstellungen von türkischen Migranten in Hamburg. Eine empirische Untersuchung zum politischen Leben von Türken, Verlag Dr. Kovac, Hamburg.

ARZHEIMER, Kai/FALTER, Jürgen W. (2003), Wahlen und Wahlforschung, in: Münkler, Herfried (Hrsg.): Politikwissenschaft, ein Grundkurs, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg, s. 553-586.

BEYME, Klaus (1999), Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden.

BUSCH, Matthias (1997), Politische Themen und Wahlverhalten, in: Gabriel, Oskar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Westdeutscher Verlag, Opladen, s. 181-203.

BÜRKLIN, Wilhelm/KLEIN, Markus (1998), Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, Leske+Budrich, Opladen.

DOWNS, Anthony (1968), Ökonomische Theorie der Demokratie, J.C.B. MOHR, Tübingen.

EILFORT, M. (1994), Der Nichtwähler, Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn.

EITH, Ulrich (1995), Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, Zur Bedeutung sozialstruktureller Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidungen 1990 und 1994, Duncker & Humblot, Berlin.

FALTER, Jürgen W./Schumann, Siegfried/Winkler, Jürgen W. (1990), Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, Aus Politik und Zeitgeschichte, B37-38, s. 3-13.

FALTER, Jürgen W. (1992), Wahlen 1990, Die demokratische Legimitation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Jesse, Eckhard/Mitter, Armin (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, Geschichte, Politik, Gesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, s.163-188.

GABRIEL, Oskar W. (2001), Parteiidentifikation, Kandidaten und politische Sachfragen als Bestimmungsfaktoren des Parteienwettbewerbs, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd., 338, Bonn, s. 228-251.

GLAZER, Nathan/MOYNIHAN, Daniel Patrick (1963), Beyond the melting Pot. The Negroes, Puerto Ricans, Jews, Italians, and Irish of New York City, MIT Press, Cambridge.

KLINGEMANN, Hans-Dieter/STEINWEDE, Jacob (1993), Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. Stabilität oder Veränderung in den 80er Jahren?, in: Klingemann, H.-D./Luthardt, W. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Westdeutscher Verlag, Opladen, s. 48-63.

GLUCHOWSKI, P./GRAF, J./WILAMOWITZ-MEOELLENDORFF, U. (2001), Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R.: Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd., 338, Bonn, s. 181-203.

GOLDBERG, Andreas/HUMBERT, Andreas (1998), Politische Meinung der wahlberechtigten Bevölkerung türkischer Herkunft, ZfT, aktuell Nr., 71, Essen.

GOLDBERG, Andreas/SAUER, Martina (2004), Die Lebenssituation von Frauen und Männern türkischer Herkunft in Nordrhein-Westfalen, unter: http://www.integration.nrw.de/projekte_konzepte/Integration_Allgemein/Mehrt_hemenbefragungen_t_rkischst_mmiger/6__Mehrthemenbefragung_2004.pdf, abgerufen: 07. 03.2013.

KORTE, Karl-Rudolf (2005), Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, überarbeitete u. aktualisierte Auflage 5., Zentralen für politische Bildung Publ., Bonn.

GÖRLITZ, Axel/PRÄTORIUS, Reiner (1987), Handbuch der Politikwissenschaft, Grundlagen, Forschungsstand, Perspektiven, Leske+Budrich, Hamburg.

MAIER, Jürgen/RATTINGER, Hans (2000), Methoden der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Arbeitsbuch mit Beispielen aus der Politischen Soziologie, Oldenbourg Verlag, München.

MICHON, Laure/TILLIE, Jean (2003), Politische Partizipation von MigrantInnen in Amsterdam, Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis, 1. Jg., Heft. 1, s. 98-112.

MOSHÖVEL, Frank (2004), Theorien des Wählerverhaltens im Vergleich, Zum Nutzen ökonomischer Ansätze in der Wahlsoziologie, Uni-Düsseldorf, Düsseldorf.

PETERS, Hans Rudolf (2000), Wirtschaftspolitik, 3. Aufl., Oldenburg Verlag, München.

ROTH, Dieter/WÜST, Andreas M. (1998), Parteien und Wähler, Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens, in: Oberreuter, Heinrich (Hg.): Ungewissheiten der Macht. Parteien, Wähler, Wahlentscheidung, Olzog Verlag, München, s. 102-133.

RUDZIO, Wolfgang (2000), Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Leske+Budrich, Opladen, Stuttgart.

SAUER, Martina/GOLDBERG, Andreas (2003), Perspektiven der Integration der türkischstämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Zentrum für Türkeistudien, LIT-Verlag, Münster.

SAUER, Martina/GOLDBERG, Andreas (2006), Türkeistämmige Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der siebten Mehrthemenbefragung, unter: http://www.zft-online.de/userFiles/NRW_Bericht, abgerufen: 08.03.2013.

SAUER, Martina (2007), Perspektiven des Zusammenlebens: Die Integration türkischstämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der achten Mehrthemenbefragung, unter: [http://www.zftonline.de /userFiles/NRW-Bericht %202006](http://www.zftonline.de/userFiles/NRW-Bericht_%202006) pdf, abgerufen: 06.03.2013.

SAUER, Martina (2008), Türkeistämmige Migranten in NRW und in Deutschland: Lebenssituation und Integrationsstand, unter: <http://www.deutsch.zfti.de/downloads/downmehrthemenbefragung2008.pdf>, abgerufen: 08.03.2013.

SAUER, Martina (2009), Teilhabe und Orientierungen türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen, unter: <http://www.deutsch.zfti.de/downloads/downmehrthemenbefragung2009.pdf>, abgerufen: 08.03.2013.

SAUER, Martina (2011), Partizipation und Engagement türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in NRW, unter: http://www.deutsch.zfti.de/downloads/down_mehrthemenbefragung-2010_langfassung.pdf, abgerufen: 07.03.2013.

SAUER, Martina (2012), Integrationsprozesse türkeistämmiger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen, unter: <http://www.zfti.de/>, abgerufen: 06.03.2013.

SCHULTZE, Reiner-Olaf (1991), Wählerverhalten und Parteiensystem, Erklärungsansätze und Entwicklungsperspektiven, in: Wehling, Hans-Georg (Red.): Wahlverhalten, Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, s. 11-44.

VEEN, Hans-Joachim/GLUCHOWSKI, Peter (1988), Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung – Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1953-1987, Zeitschrift für Parlamentsfragen Nr.,19, s. 225-248.

VOGEL, Dita /WÜST, Andreas M. (2003), Paradigmenwechsel ohne Instrumentenwechsel? Kontinuität und Wandel im Politikfeld Migration, in: Gohr, Antonia /Seeleib-Kaiser, Martin (Hrsg.): Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, s. 265-286.

VON WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Ulrich (2001), Türken in Deutschland I-Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Arbeitspapier Nr.53/2001, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

VON WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Ulrich (2002), Türken in Deutschland II-Individuelle Perspektiven und Problemlagen. Arbeitspapier Nr.60, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

VON WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Ulrich (2005), Die Rolle der türkischen Minderheit in Deutschland, in: Schriften zur Europäischen Integration. Europa und die Türkei: Privilegierte Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft, in: http://www.cducsu.eu/images/stories/docs/tuerkei_260805.pdf, abgerufen: 07.03. 2013.

VON WILAMOWITZ-MOELLENDORFF, Ulrich (2011), Muslime in der deutschen Gesellschaft – eine Zielgruppe der politischen Bildung, Nr., 106, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin.

WEHLING, Hans-Georg (Red.) (1991), Wahlverhalten, mit Beitrag von Reiner-Olaf Schultze, Verlag Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln.

WESTLE, Bettina (1987), Wahlen, in: Görlitz, Axel/Prätorius, Reiner (Hg.), Handbuch der Politikwissenschaft. Grundlagen, Forschungsstand, Perspektiven, Leske+Budrich, Hamburg, S. 624-630.

WINTER, Carolin (1997), Sozialstruktur, Werte, Ideologien und Wahlverhalten, in: Gabriel, Oskar W./Brettschneider, Frank/Vetter, Angelika (Hrsg.): Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt, Westdeutscher Verlag, Opladen, s. 119-147.

WOLFINGER, Raymond E. (1965), The Development and Persistence of Ethnic Voting, in: The American Political Science Review, 59 (4): 896-908.

WÜST, Andreas M. (2002), Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Leske+Budrich, Wiesbaden.

WÜST, Andreas M. (2003a), Eingebürgerte als Wähler, Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, Wiener Hefte, Heft 1-2003, 1. Jahrgang, s. 113-126.

WÜST, Andreas M. (2003b), Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52/2003, s. 29-38.

WÜST, Andreas M. (2005), Einstellungen von Parlamentskandidaten gegenüber Einwandererminoritäten in Deutschland und den Niederlanden, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36, Heft 1, s. 142-152.

WÜST, Andreas M. (2006), Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, Zeitschrift Der Bürger im Staat, 56. Jahrgang, Heft 4, Hrsg.: LpB, Baden-Württemberg, S. 228-235.

WÜST, Andreas M. (2007), Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Frech, Siegfried/Meier-Braun, Karl-Heinz (Hrsg.): Die offene Gesellschaft. Zuwanderung und Integration, Wochenschau Verlag, Schwalbach, s. 145-173.

WÜST, Andreas M. (2011), Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der

Bundestagswahl 2009, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45 (edited by Rüdiger Schmitt-Beck), s. 157-178.

ZINTL, Reinhard (1989), Der Homo oeconomicus, Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder jedermann in Ausnahmesituationen, Analyse&Kritik, Bd.,11, s. 52-69.